Deutscher Bundestag **Drucksache 19/13449**
19. Wahlperiode 23.09.2019

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Im Rahmen der gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Unternehmen in zunehmendem Maße zur Ausübung ihrer Tätigkeit in das andere Land entsandt. Eine Doppelversicherung und damit eine doppelte Beitragsbelastung wird dadurch vermieden, dass die in das andere Land entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, in der Regel des Heimatstaats, unterliegen. Dadurch wird eine Doppelversicherung in der Renten- und Unfallversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung und damit eine doppelte Beitragsbelastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Renten- und Arbeitslosenversicherung und für Arbeitgeber in der Unfallversicherung vermieden. Darüber hinaus sieht das Abkommen die uneingeschränkte Zahlung von Renten in den anderen Staat vor (Leistungsexportprinzip). Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden (Erfüllung der Wartezeit). Das Abkommen ist, wie auch andere von Deutschland mit anderen Drittstaaten geschlossene Sozialversicherungsabkommen, nach Prinzipien gestaltet, die auch innerhalb der Europäischen Union gelten.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger werden nicht eingeführt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand, insbesondere werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung wird eine Informationspflicht eingeführt.

F. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von circa 4 Millionen Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 23. September 2019

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Bundesrat hat in seiner 980. Sitzung am 20. September 2019 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit

Vom 2019

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Kiew am 7. November 2018 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen in der in Artikel 1 Satz 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Absatz 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 9 Absatz 1 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

II. Alternativen

Keine.

III. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

IV. Gesetzesfolgen

1. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz berührt keine Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.

2. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten.

3. Erfüllungsaufwand

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

4. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von circa 4 Millionen Euro gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, weil der Vertrag, der innerstaatlich in Geltung gesetzt wird, Verfahrensregelungen enthält und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten, um die Inkraftsetzung von Änderungen zur Durchführungsvereinbarung vom 7. November 2018 oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Absatz 2 sowie die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 9 Absatz 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit

Угода між Федеративною Республікою Німеччина та Україною про соціальне забезпечення

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Ukraine –

(im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt)

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Staatsangehöriger“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in Bezug auf die Ukraine

   eine Person, die nach den ukrainischen Rechtsvorschriften über die Staatsangehörigkeit ukrainischer Staatsangehöriger ist;

2. „Rechtsvorschriften“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein verbindlichen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen,

   in Bezug auf die Ukraine

   die Gesetze und sonstigen normativen Rechtsakte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;

3. „zuständige Behörde“

   in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,

Федеративна Республіка Німеччина

та

Україна

(далі – „Договірні Держави“),

прагнучи врегулювати свої відносини у сфері соціального забезпечення,

домовились про таке:

Частина I

Загальні положення

Стаття 1

Визначення термінів

(1) Терміни у цій Угоді мають такі значення:

1. „Громадянин“ –

   для Федеративної Республіки Німеччина:

   німець у розумінні Основного Закону Федеративної Республіки Німеччина;

   для України:

   особа, яка є громадянином України відповідно до законодавства України про громадянство;

2. „Законодавство“ –

   для Федеративної Республіки Німеччина:

   закони, розпорядження, нормативні акти та інші загальнообов'язкові положення, що стосуються відповідних галузей і систем соціального забезпечення, які підпадають під дію об'єктивної сфери застосування цієї Угоди;

   для України:

   закони та інші нормативно-правові акти, що стосуються відповідних галузей і систем соціального забезпечення, які підпадають під дію об'єктивної сфери застосування цієї Угоди;

3. „Компетентний орган“ –

   для Федеративної Республіки Німеччина:

   Федеральне міністерство праці та соціальних питань;

in Bezug auf die Ukraine

das Ministerium für Sozialpolitik der Ukraine;

4. „Träger“

die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt;

5. „zuständiger Träger“

der nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften im Einzelfall zuständige Träger;

6. „Beschäftigung“

eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

7. „Versicherungszeiten“

Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

8. „Rente“ oder „Geldleistung“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

9. „gewöhnlicher Aufenthalt“ oder „sich gewöhnlich aufhalten“

der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts oder sich nicht nur vorübergehend tatsächlich aufhalten.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
   a) Unfallversicherung in Bezug auf Renten und andere Geldleistungen,
   b) Rentenversicherung,
   c) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
   d) Alterssicherung der Landwirte;
2. auf die ukrainischen Rechtsvorschriften über die
   a) obligatorische staatliche Sozialversicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die zum Verlust der Erwerbsfähigkeit führen, in Bezug auf Renten und andere Geldleistungen,
   b) obligatorische staatliche Rentenversicherung.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

для України:

Міністерство соціальної політики України;

4. „Виконавча інституція“ –

установа або орган, зобов’язаний виконувати законодавство, яке підпадає під дію об'єктивної сфери застосування цієї Угоди;

5. „Компетентна виконавча інституція“ –

виконавча інституція, що у відповідному конкретному випадку є компетентною відповідно до законодавства, що застосовується;

6. „Трудова діяльність“ –

зайнятість або діяльність відповідно до законодавства, що застосовується;

7. „Страховий стаж“ –

періоди сплати внесків та періоди трудової діяльності, визначені такими законодавством, згідно з яким вони накопичені, а також будь-які інші визнані цим законодавством періоди, які підлягають зарахуванню;

8. „Пенсія“ або „грошова допомога“ –

пенсія або інша грошова допомога з урахуванням усіх надбавок, доплат та підвищень;

9. „Звичайне проживання“ або „звичайно проживають“ –

місце не тимчасового фактичного перебування, або не тимчасово фактично перебувають.

(2) Інші терміни мають значення, яке надається їм відповідно до законодавства, що застосовується, відповідної Договірної Держави.

Стаття 2

Об'єктивна сфера застосування

(1) Ця Угода застосовується

1. у німецькому законодавстві щодо:
   a) страхування у разі нещасного випадку для виплати пенсій та іншої грошової допомоги;
   b) пенсійного страхування;
   c) додаткового страхування працівників гірничо-металургійних підприємств;
   d) забезпечення за віком для фермерів;
2. в українському законодавстві щодо:
   a) загальнообов'язкового державного соціального страхування від нещасного випадку на виробництві та професійного захворювання, які спричиняють втрату працездатності, для виплати пенсій та іншої грошової допомоги;
   b) загальнообов'язкового державного пенсійного страхування.

(2) Якщо відповідно до законодавства однієї з Договірних Держав, крім передумов для застосування цієї Угоди, виконано також передумови для застосування якої-небудь іншої угоди або якогось наддержавного регулювання, то виконавча інституція цієї Договірної Держави при застосуванні цієї Угоди залишає іншу угоду або інше наддержавне регулювання без уваги. Це не стосується тих випадків, коли інша угода чи наддержавне регулювання містять регулювання страхових зобов'язань, згідно з якими страховий стаж остаточно перейшов у зобов'язання однієї із двох Договірних Держав, або був вилучений з її зобов'язання.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen bezieht sich

1. unmittelbar auf
   a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
   b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens von Genf vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
   c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
2. mittelbar auf

   andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer unmittelbar erfassten Person im Sinne dieses Artikels ableiten,
3. auf Drittstaatsangehörige

   Staatsangehörige eines anderen Staats, soweit sie nicht zu den unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen gehören.

Стаття 3

Суб'єктивна сфера застосування

Ця Угода поширюється:

1. безпосередньо на:
   а) громадян кожної із Договірних Держав;
   b) осіб, які мають статус біженців згідно із статтею 1 Женевської Конвенції від 28 липня 1951 року про правовий статус біженців та Протоколом до цієї Конвенції від 31 січня 1967 року;
   c) осіб без громадянства відповідно до статті 1 Нью-Йоркської Конвенції від 28 вересня 1954 року про правовий статус осіб без громадянства;
2. опосередковано на:

   інших осіб стосовно прав, які походять для них від особи, на яку Угода поширюється безпосередньо у розумінні цієї статті;
3. на громадян іншої держави, якщо вони не належать до осіб, на яких Угода поширюється безпосередньо чи опосередковано,

   – як на громадян третіх держав.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar und mittelbar erfassten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Стаття 4

Принцип рівності прав

(1) Особи, на яких безпосередньо чи опосередковано поширюється суб'єктивна сфера застосування цієї Угоди, які звичайно проживають на території однієї з Договірних Держав, при застосуванні законодавства однієї з Договірних Держав рівні у своїх правах з громадянами цієї Договірної Держави.

(2) Допомога, передбачена відповідно до законодавства однієї з Договірних Держав, надається громадянам іншої Договірної Держави, які звичайно проживають за межами територій Договірних Держав, на тих самих умовах, що і громадянам першої Договірної Держави, які там звичайно проживають.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die von diesem Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Стаття 5

Принцип рівності прав щодо територій

Обмежуюче законодавство однієї з Договірних Держав, згідно з яким виникнення права на допомогу, надання допомоги або виплата грошової допомоги залежать від звичайного проживання на території цієї Договірної Держави, не поширюється на осіб, до яких безпосередньо або опосередковано застосовується ця Угода, та які проживають на території іншої Договірної Держави.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Стаття 6

Обов'язкове страхування працівників

Обов'язкове страхування працівників здійснюється відповідно до законодавства тієї Договірної Держави, на території якої вони здійснюють трудову діяльність; це відноситься також до тих випадків, коли роботодавець знаходиться на території іншої Договірної Держави.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich tätig ist, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im voraus zeitlich begrenzte Arbeit ausschließlich für diesen

Стаття 7

Обов'язкове страхування при відрядженні

Якщо працівник, який здійснює свою трудову діяльність в одній із Договірних Держав, відряджається у рамках цих трудових відносин своїм роботодавцем, який звичайно здійснює свою діяльність у Договірній Державі, що відряджає, на територію іншої Договірної Держави для

Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Kalendermonaten beginnt mit dem ersten Tag des Kalendermonats, in dem der Arbeitnehmer die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufnimmt.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Seeleute gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Versicherungspflicht anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für andere Personen, auf die sich die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(3) Hat sich ein in Absatz 2 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsstaat aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(4) Beschäftigt die diplomatische Mission oder die konsularische Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die diplomatische Mission oder die konsularische Vertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber nach den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

виконання там заздалегідь обмежених у часі робіт виключно на користь цього роботодавця, то протягом перших 24 календарних місяців до його трудової діяльності продовжує застосовуватися тільки законодавство щодо обов'язкового страхування першої Договірної Держави, так ніби він ще займається своєю трудовою діяльністю на своїй Державній території. Період у 24 календарних місяці починається з першого дня того календарного місяця, в якому працівник починає свою трудову діяльність на території іншої Договірної Держави.

Стаття 8

Обов'язкове страхування моряків

(1) До моряків, які працюють на борту морських суден, які ходять під прапором однієї з Договірних Держав, поширюється законодавство про обов'язкове страхування цієї Договірної Держави.

(2) Якщо працівник, який звичайно проживає на території однієї із Договірних Держав, тимчасово здійснює свою трудову діяльність на морському судні, яке плаває під прапором іншої Договірної Держави, і працює на користь роботодавця, який має своє місцезнаходження на території першої Договірної Держави та не є власником судна, то застосовується законодавство про обов'язкове страхування першої Договірної Держави, так ніби він здійснює трудову діяльність на її території.

Стаття 9

Обов'язкове страхування інших осіб

Положення цієї Угоди про обов'язкове страхування поширюються відповідно на інших осіб, до яких застосовується законодавство, що належить до об'єктивної сфери застосування цієї Угоди.

Стаття 10

Обов'язкове страхування осіб, які працюють у дипломатичних представництвах або консульських установах

(1) Ця Угода не впливає на застосування Віденської конвенції про дипломатичні зносини від 18 квітня 1961 року, або Віденської конвенції про консульські зносини від 24 квітня 1963 року.

(2) Якщо громадянин однієї з Договірних Держав був прийнятий на службу цією Договірною Державою або членом чи посадовою особою дипломатичного представництва чи консульської установи цієї Договірної Держави на території іншої Договірної Держави, то на період його трудової діяльності на нього поширюватиметься законодавство про обов'язкове страхування першої Договірної Держави, так ніби він працював там.

(3) Якщо працівник, зазначений у пункті 2 цієї статті, до початку своєї трудової діяльності звичайно проживав у Договірній Державі, де він працює, то він має право протягом шести місяців після початку своєї трудової діяльності вибрати законодавство про обов'язкове страхування тієї Договірної Держави, де він працює. Про цей вибір він має заявити своєму роботодавцю. Обране законодавство застосовується з дня заяви про вибір.

(4) Якщо в дипломатичному представництві чи консульській установі працюють особи однієї з Договірних Держав, на яких поширюється законодавство іншої Договірної Держави, то дипломатичне представництво і консульська установа мають дотримуватися зобов'язань, які має виконувати місцевий роботодавець згідно із зазначеним законодавством.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag einer anderen Person im Sinne von Artikel 9 dieses Abkommens können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen. Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Стаття 11

Винятки з положень щодо обов'язкового страхування

За поданням спільної заяви працівника та його роботодавця або за поданням іншої особи відповідно до статті 9 цієї Угоди компетентні органи Договірних Держав або визначені ними установи можуть за взаємною згодою відхилятися від положень цієї Угоди про обов'язкове страхування за умови, що особа, якої це стосується, залишається підпорядкованою чи буде підпорядкована законодавству однієї із Договірних Держав. При цьому належить враховувати вид та обставини трудової діяльності. Заява подається у тій Договірній Державі, законодавство якої має бути застосованим.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Частина II

Особливі положення

Kapitel 1

Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Розділ 1

Страхування від нещасних випадків і професійних захворювань

Artikel 12

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Стаття 12

Врахування нещасних випадків на виробництві (професійних захворювань)

(1) Якщо законодавство однієї із Договірних Держав передбачає, що при визначенні ступеня зниження працездатності або встановленні права на допомогу внаслідок нещасного випадку на виробництві (професійного захворювання) у розумінні цього законодавства слід враховувати інші нещасні випадки на виробництві (професійні захворювання), то вони поширюються також на нещасні випадки на виробництві (професійні захворювання), які підпадають під дію законодавства іншої Договірної Держави, так ніби вони підпадають під дію законодавства першої Договірної Держави. До нещасних випадків на виробництві, які враховуються, прирівнюються такі, які мають бути врахованими відповідно до інших правових норм як нещасні випадки або інші випадки, що підлягають відшкодуванню.

(2) Компетентна виконавча інституція, яка відповідає за відшкодування шкоди у разі настання страхового випадку, встановлює обсяг своєї допомоги відповідно до ступеня зниження працездатності внаслідок нещасного випадку на виробництві (професійного захворювання), який вона має враховувати відповідно до чинного для неї законодавства.

Artikel 13

Berücksichtigung von gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der zuständige Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente, so hat der zuständige Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit.

Стаття 13

Урахування небезпечної для здоров'я трудової діяльності

(1) При визначенні права на допомогу внаслідок професійного захворювання компетентна виконавча інституція однієї Договірної Держави враховує також трудову діяльність, яка виконувалась при застосуванні законодавства іншої Договірної Держави та за своїм характером була здатною спричинити це захворювання (небезпечна для здоров'я трудова діяльність). Якщо згідно із законодавством однієї із Договірних Держав існує право на отримання пенсії, то компетентна виконавча інституція має сплатити тільки ту частину, що відповідає співвідношенню тривалості небезпечної для здоров'я трудової діяльності при застосуванні законодавства своєї Договірної Держави до тривалості небезпечної для здоров'я трудової діяльності при застосуванні законодавства обох Договірних Держав.

(2) Пункт 1 цієї статті застосовується також у випадку нового визначення права на допомогу у разі загострення

Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

Kapitel 2

Rentenversicherung

Artikel 14

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 15

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Nach den ukrainischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den ukrainischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Ukraine gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Ukraine.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

професійного захворювання. У випадку, якщо таке загострення викликано поновленням виконання трудової діяльності в небезпечних умовах, то право на пенсію внаслідок загострення виникає лише відповідно до законодавства тієї Договірної Держави, при застосуванні законодавства якої здійснювалась ця трудова діяльність.

(3) Пункти 1 та 2 цієї статті поширюються також на допомогу у разі втрати годувальника.

Розділ 2

Пенсійне страхування

Стаття 14

Підсумовування страхового стажу та обчислення пенсій

(1) Для визначення права на допомогу відповідно до застосовуваного законодавства враховується також страховий стаж, який можна зарахувати для отримання права на допомогу згідно із законодавством іншої Договірної Держави, і не збігається з ним у часі. Тривалість враховуваного страхового стажу визначається законодавством тієї Договірної Держави, за яким він був набутий.

(2) Якщо умовою виникнення права на допомогу є набуття певного страхового стажу, то враховується тільки аналогічний страховий стаж, набутий під час поширення дії законодавства іншої Договірної Держави.

(3) Обчислення пенсії здійснюється згідно із законодавством, що застосовується, відповідної Договірної Держави, якщо цією Угодою не передбачено інше.

Стаття 15

Особливості для німецької виконавчої інституції

(1) Основою для визначення індивідуальних коефіцієнтів виплат є коефіцієнти, які випливають з німецького законодавства.

(2) Положення про підсумовування страхового стажу поширюється відповідно на виплати, здійснення яких віддається на розсуд виконавчої інституції.

(3) Страховий стаж, набутий під час поширення дії українського законодавства, враховується у гірничому пенсійному страхуванні, якщо він був набутий на гірничих підприємствах на підземних роботах. Якщо за німецьким законодавством передумовою виникнення права служить виконання постійних підземних робіт або рівнозначних їм робіт, то німецька виконавча інституція враховує страховий стаж, набутий під час виконання працівником рівнозначних робіт, коли на нього поширювалося українське законодавство.

(4) Якщо німецьке законодавство обумовлює виникнення права на допомогу наявністю певного страхового стажу під час певного періоду і, якщо далі законодавство передбачає, що цей період продовжується через певні факти та обставини або страховий стаж, то для продовження враховуються також страховий стаж, набутий згідно із законодавством іншої Договірної Держави або порівнювані факти та обставини в іншій Договірній Державі. Порівнюваними фактами та обставинами вважаються періоди, під час яких відповідно до законодавства України виплачувалися пенсії по інвалідності або за віком, чи здійснювалися виплати внаслідок захворювання, безробіття або нещасного випадку на виробництві (за винятком пенсій), та періоди догляду за дітьми в Україні.

(5) Страхові періоди, що беруться до уваги на підставі положення щодо підсумовування страхового стажу, враховуються лише за їхньою фактичною тривалістю.

(6) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach ukrainischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Artikel 16

Besonderheiten für den ukrainischen Träger

(1) Grundlage für die Berechnung der Rente sind die Entgeltpunkte der Versicherungszeiten und des Arbeitsentgeltes, die sich nach den ukrainischen Rechtvorschriften ergeben.

(2) Nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden bei der Feststellung einer Rente für Bergleute berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den ukrainischen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass eine Person den gesamten Arbeitstag unter Tage beschäftigt war, so berücksichtigt der ukrainische Träger die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind.

(3) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 17

Amtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. An dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation werden jedoch erstattet.

(2) Die Amtshilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige an dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 18

Forderungen im Insolvenz- und Vergleichsverfahren

Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Insolvenz- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

(6) Оскільки надання певної допомоги в рамках забезпечення за віком фермерів залежить від набуття страхового стажу у спеціальній системі для фермерів, страховий стаж, набутий згідно із законодавством України для надання цієї допомоги, враховується тільки у тому разі, якщо він був набутий під час діяльності як самостійний фермер.

Стаття 16

Особливості для української виконавчої інституції

(1) Основою для обчислення пенсії є коефіцієнти стажу та заробітної плати, які випливають із українського законодавства.

(2) Страховий стаж, набутий під час поширення дії німецького законодавства, враховується при призначенні пенсії шахтарям, якщо він був набутий на підземних роботах на гірничих підприємствах. Якщо згідно з українським законодавством передумовою виникнення права є зайнятість на підземних роботах повний робочий день, то українська виконавча інституція враховує страховий стаж, набутий під час поширення на працівника дії німецького законодавства, в період якого здійснювалися постійні підземні роботи та роботи, прирівняні до них.

(3) Страхові періоди, що беруться до уваги на підставі положення щодо підсумовування страхового стажу, враховуються лише за їхньою фактичною тривалістю.

Частина III

Різні положення

Розділ 1

Адміністративна допомога

Стаття 17

Адміністративна допомога, медичні обстеження

(1) Виконавчі інституції, об'єднання виконавчих інституцій та органи Договірних Держав надають одна одній взаємну допомогу під час реалізації цієї Угоди та законодавства, яке належить до об'єктивної сфери застосування цієї Угоди, так ніби вони застосовують чинне для них законодавство. Ця допомога є безкоштовною. Проте відшкодовуються платежі третій установі, за винятком витрат на комунікацію.

(2) Адміністративна допомога охоплює також медичні обстеження. Витрати на обстеження, дорожні витрати, втрачений заробіток, витрати на розміщення з метою обстеження, інші платежі третій установі, за винятком витрат на комунікацію, відшкодовує установа, на прохання якої проводиться обстеження. Витрати не компенсуються у разі, якщо у проведенні медичного обстеження зацікавлені компетентні виконавчі інституції обох Договірних Держав.

Стаття 18

Вимоги при провадженні у справах про банкрутство

Вимоги виконавчих інституцій на Державній території однієї із Договірних Держав мають у разі недоплат внесків ті самі переважні права при примусовому виконавчому провадженні, порушенні справи про банкрутство та при судовому провадженні з метою запобігання банкрутству на Державній території іншої Договірної Держави, як і відповідні претензії, заявлені на Державній території цієї Договірної Держави.

Artikel 19

Besonderheiten beim Übergang von Regressansprüchen

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Zwischen den Trägern wird die gezahlte Summe im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen aufgeteilt.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Стаття 19

Особливості при переході права на відшкодування

(1) Якщо особа, яка згідно із законодавством однієї з Договірних Держав має отримати допомогу за шкоду, що заподіяна на території іншої Договірної Держави, має згідно з її законодавством вимогу щодо відшкодування шкоди до третьої особи, то ця вимога щодо відшкодування переходить до виконавчої інституції першої Договірної Держави згідно з положеннями чинного для неї законодавства. Інша Договірна Держава визнає цей перехід.

(2) Якщо виконавча інституція однієї Договірної Держави має відповідно до її законодавства первинну вимогу щодо відшкодування шкоди до третьої особи, то це визнається іншою Договірною Державою.

(3) Якщо вимоги щодо відшкодування стосовно аналогічних виплат, які випливають з одного і того самого випадку заподіяної шкоди, належать як до виконавчої інституції однієї Договірної Держави, так і до виконавчої інституції другої Договірної Держави, то виконавча інституція однієї Договірної Держави за клопотанням виконавчої інституції іншої Договірної Держави домагається задоволення і її вимоги щодо відшкодування. Третя особа може задовольнити вимоги обох виконавчих інституцій із звільняючою силою шляхом здійснення виплати на користь однієї чи іншої виконавчої інституції. Між виконавчими інституціями сплачена сума розподіляється пропорційно до виплат, які вони мають здійснити.

(4) У разі, якщо вимога щодо відшкодування шкоди однієї особи включає право на компенсацію внесків на соціальне страхування, то і ця вимога щодо компенсації переходить до виконавчої інституції першої Договірної Держави відповідно до чинного для неї законодавства.

Artikel 20

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Стаття 20

Збори та легалізація

(1) Передбачене законодавством однієї Договірної Держави звільнення від податків або зменшення податків чи адміністративних зборів, включаючи консульські збори, а також повернення витрат на документи, які повинні бути подані при застосуванні цього законодавства, поширюється також на відповідні документи, які подаються при застосуванні цієї Угоди або при застосуванні законодавства іншої Договірної Держави, яке підпадає під об'єктивну сферу застосування цієї Угоди.

(2) Документи, що необхідно подати для застосування цієї Угоди або законодавства однієї із Договірних Держав, яке підпадає під дію об'єктивної сфери застосування цієї Угоди, не потребують для подання установам іншої Договірної Держави ні легалізації, ні іншої подібної формальності.

Artikel 21

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des

Стаття 21

Вручення документів та мови спілкування

(1) Виконавчі інституції, об'єднання виконавчих інституцій, органи Договірних Держав при реалізації цієї Угоди та законодавства, яке підпадає під об'єктивну сферу застосування цієї Угоди, можуть спілкуватися безпосередньо між собою, із залученими особами та їхніми представниками своїми державними мовами. Законодавство щодо залучення перекладачів залишається недоторканим.

(2) Повідомлення або інші документи можуть бути вручені особі, яка перебуває на території іншої Договірної Держави, безпосередньо рекомендованим листом під розписку. Це поширюється також на повідомлення та інші документи, що потребують доставки і видаватимуться при застосуванні німецького закону про забезпечення жертв війни та тих

Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 22

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den zuständigen Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt oder gesundheitsgefährdende Beschäftigungen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Renten bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 23

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaates zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit eine Verpflichtung besteht.
2. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaats nicht übermittelt werden durften, übermittelt

законів, в яких заявлено про їхнє відповідне застосування.

(3) Виконавчі інституції, об'єднання виконавчих інституцій, органи Договірних Держав не вправі відмовляти в розгляді заяв або інших документів через те, що вони складені державною мовою іншої Договірної Держави.

Стаття 22

Зрівняння заяв у правах

(1) Заява на допомогу, яка подається відповідно до законодавства однієї Договірної Держави до установи іншої Договірної Держави, визначеної згідно із чинним для неї законодавством для прийняття заяви на відповідну допомогу, вважається поданою до компетентної виконавчої інституції. Це поширюється відповідно і на інші заяви, декларації, довідки або скарги.

(2) Установа однієї Договірної Держави, до якої подано заяви, декларації, довідки або скарги, зобов'язана негайно передати їх компетентній виконавчій інституції іншої Договірної Держави.

(3) Будь-яка заява на допомогу, подана відповідно до законодавства однієї Договірної Держави, вважається заявою на відповідну допомогу згідно із законодавством іншої Договірної Держави, якщо із заяви випливає, що страховий стаж був набутий відповідно до законодавства іншої Договірної Держави, або трудова діяльність у небезпечних для здоров'я умовах здійснювалась на території іншої Договірної Держави. Це не поширюється на випадки, коли заявник чітко вимагає, щоб визначення права на пенсію за віком, набутого ним відповідно до законодавства іншої Договірної Держави, було відкладено.

Стаття 23

Захист даних

(1) Оскільки на підставі цієї Угоди будуть передаватися особові дані, то застосовуються зазначені нижче положення з урахуванням законодавства, чинного для кожної Договірної Держави:

1. З метою реалізації цієї Угоди та законодавства, на яке вона посилається, особові дані можуть передаватися установам держави-адресата, які мають повноваження отримувати такі дані. Установи, що їх отримують, мають право використовувати їх тільки з цією метою. Передача особових даних у державі-адресаті іншим установам або використання їх у державі-адресаті з іншою метою допускається в рамках права держави-адресата у разі, якщо це служить цілям соціального забезпечення, включаючи пов'язані з ним судові провадження. Це не є перешкодою для передачі цих даних у випадках, коли згідно із законами та положеннями держави-адресата існує зобов'язання, що має на меті запобігання і переслідування злочинів суттєвого значення, а також відвернення суттєвої загрози для громадської безпеки.
2. За запитом, отримуюча установа повідомляє установі, яка передає дані, про їхнє використання та про досягнуті завдяки цьому результати.
3. Установа, яка передає дані, зобов'язана зважати на правильність даних, що підлягають передачі, а також на необхідність та відповідність меті цієї передачі. При цьому слід дотримуватися чинних заборон щодо передачі даних, що діють згідно із відповідним внутрішньодержавним правом. Передача даних не відбувається у разі, якщо установа, яка передає дані, має підстави для припущення, що це суперечило б цілям внутрішньодержавного закону або завдасть шкоди гідним захисту інтересам зацікавленої особи. Якщо виявиться, що були передані неправильні дані або дані, передача яких була заборонена правом Договірної Держави, яка їх передала,

worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

5. Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind oder nicht hätten übermittelt werden dürfen. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 24

Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland

   a) für die Unfallversicherung

      die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Berlin,

   b) für die Rentenversicherung

      die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Leipzig,

      die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,

      die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,

то про це належить негайно повідомити отримуючу установу. Ця установа зобов'язана негайно виправити або погасити ці дані.

4. Зацікавленій особі на підставі заяви надається довідка щодо даних, які були передані стосовно цієї особи та про передбачену мету їхнього використання. Крім цього, право зацікавленої особи на отримання довідки щодо існуючих про неї даних регулюється внутрішньодержавним правом Договірної Держави, від установи якої вимагається довідка.

5. Якщо яка-небудь установа однієї із Договірних Держав передала особові дані на підставі цієї Угоди, то отримуюча установа іншої Договірної Держави не може в рамках своєї відповідальності перед потерпілим згідно із внутрішньодержавним правом задля свого виправдання посилатися на те, що передані дані були неправильними, або що вони були передані неправомірно. Якщо отримуюча установа виплачує компенсацію за шкоду, заподіяну через використання неправильних або неправомірно переданих даних, то установа, яка передала дані, відшкодовує отримуючій установі повну суму виплаченої компенсації.

6. Передані особові дані мають бути погашеними, як тільки в них відпадає потреба для досягнення тієї мети, для якої вони були передані, та зникають підстави для припущення, що через їхнє погашення буде завдано шкоди гідним захисту інтересам зацікавленої особи у сфері соціального забезпечення.

7. Установа, яка передає дані, та отримуюча установа зобов'язані документувати передачу та отримання особових даних особи.

8. Установа, яка передає дані, та отримуюча установа зобов'язані ефективно захищати передані дані від недозволеного доступу, недозволеної зміни та недозволеного розголошення.

(2) Положення пункту 1 цієї статті поширюються відповідно на виробничу та комерційну таємницю.

Розділ 2

Реалізація та тлумачення цієї Угоди

Стаття 24

Реалізація цієї Угоди та установи зв'язку

(1) Уряди або компетентні органи можуть укладати необхідні домовленості для реалізації цієї Угоди. Компетентні органи повідомляють один одного про зміни та доповнення до чинного для них законодавства, яке підпадає під об'єктивну сферу застосування цієї Угоди.

(2) Для реалізації цієї Угоди визначаються такі установи зв'язку:

1. у Федеративній Республіці Німеччина

   a) з питань страхування від нещасних випадків:

      Німецька установа Законного страхування від нещасних випадків, м. Берлін;

   b) з питань пенсійного страхування:

      Німецька установа пенсійного страхування для Середньої Німеччини, м. Лейпціг,

      Німецька установа пенсійного страхування для Федерації, м. Берлін,

      Німецька установа пенсійного страхування гірничих робітників і працівників залізничного та морського транспорту, м. Бохум;

c) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

die Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken,

d) für die Alterssicherung der Landwirte

die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel,

e) soweit die Krankenkassen an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,

der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in der Ukraine

a) für die obligatorische staatliche Sozialversicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die zum Verlust der Erwerbsfähigkeit führen,

der Fonds für die Sozialversicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten der Ukraine, Kiew,

b) für die obligatorische staatliche Rentenversicherung

der Rentenfonds der Ukraine, Kiew,

c) für medizinische Untersuchungen

das Ministerium für Gesundheitswesen der Ukraine, Kiew.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist bei der Zuordnung innerhalb der Deutschen Rentenversicherung zu einem Regionalträger die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Leipzig, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und den ukrainischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. sonstige im Hoheitsgebiet der Ukraine zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder
3. der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Ukraine hat oder
4. der Berechtigte als ukrainischer Staatsangehöriger seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für die nach Artikel 11 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

Artikel 25

Währung und Umrechnungskurse

(1) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechung der Kurs des Tages

c) з питань додаткового страхування металургійно-гірничих робітників:

Німецька установа пенсійного страхування для землі Саар, м. Саарбрюккен;

d) з питань забезпечення за віком фермерів:

Установа соціального страхування робітників сільського і лісового господарства та садівництва, м. Кассель;

e) у міру того, як у реалізації Угоди будуть брати участь лікарняні каси:

Федеральне головне об'єднання лікарняних кас (GKV – Головне об'єднання), Німецьке координаційне бюро з питань зарубіжного медичного страхування – (DVKA), м. Бонн;

2. в Україні

a) з питань загальнообов'язкового державного соціального страхування від нещасного випадку на виробництві та професійного захворювання, які спричинили втрату працездатності:

Фонд соціального страхування від нещасних випадків на виробництві та професійних захворювань України, м. Київ;

b) з питань загальнообов'язкового державного пенсійного страхування:

Пенсійний фонд України, м. Київ;

c) з питань здійснення медичних обстежень:

Міністерство охорони здоров'я України, м.Київ.

(3) У разі, якщо це ще не врегульовано німецьким законодавством, при підпорядкуванні в рамках Німецького пенсійного страхування до регіональної виконавчої інституції відповідальність за всі процедури, включаючи визначення та здійснення виплат, несе Німецька установа пенсійного страхування для Середньої Німеччини, м. Лейпціг, якщо:

1. страховий стаж був набутий чи зараховується згідно із німецьким та українським законодавством, або якщо
2. інші періоди, набуті в Україні, зараховуються згідно із німецьким законодавством щодо пенсій для іноземців, або якщо
3. правомочна особа звичайно проживає на території України, або якщо
4. правомочна особа є українським громадянином та звичайно проживає за межами Договірних Держав.

Це поширюється на реабілітаційні виплати тільки у випадку, коли вони надаються в рамках поточного пенсійного провадження.

(4) Установи зв'язку уповноважуються, за участю компетентних органів у межах своєї компетенції, домовитися про необхідні та доцільні для реалізації цієї Угоди адміністративні заходи, включаючи процедуру відшкодування та виплати грошової допомоги. Положення пункту 1 цієї статті залишається недоторканим.

(5) Пункт 4 цієї статті поширюється відповідно на установи, визначені компетентними органами в статті 11 цієї Угоди.

Стаття 25

Валюта та курс конвертації

(1) Виконавча інституція однієї з Договірних Держав може надавати грошову допомогу особі, яка перебуває на території іншої Договірної Держави, у валюті цієї Договірної Держави без претензії зі сторони отримувача допомоги або виконавчої інституції. У відносинах між виконавчою

maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(2) Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Artikel 26

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Artikel 27

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staats als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

інституцією та правомочною особою, визначальним для конвертації є курс того дня, який був узятий за основу при переказі грошової допомоги.

(2) Якщо виконавча інституція здійснює платежі виконавчій інституції іншої Договірної Держави, то ці платежі здійснюються у валюті другої Договірної Держави.

Стаття 26

Відшкодування

(1) Якщо виконавча інституція однієї із Договірних Держав здійснила грошові виплати неправомірно, то неправомірно виплачена сума може, відповідно до законодавства іншої Договірної Держави, бути відрахована з відповідної виплати на користь цієї виконавчої інституції.

(2) Якщо особа, відповідно до законодавства однієї із Договірних Держав, має право на отримання грошової допомоги за певний період, за який вона або члени її сім'ї вже отримали її від якої-небудь установи соціального захисту іншої Договірної Держави, то ця грошова допомога відраховується на прохання та на користь установи соціального захисту, яка має на це право, так, ніби ця установа є установою соціального захисту з місцезнаходженням на території першої Договірної Держави. Обов'язку до відрахування коштів не існує, якщо виконавча інституція сама здійснила платежі до того, як їй стало відомо про допомогу з боку установи соціального захисту.

Стаття 27

Врегулювання спірних питань

(1) Компетентні органи врегульовують, наскільки це можливо, всі спірні питання між Договірними Державами, які виникають під час тлумачення чи застосування цієї Угоди.

(2) Якщо спірне питання не може бути вирішене таким чином, то на прохання однієї із Договірних Держав, воно виноситься на третейський суд.

(3) Третейський суд утворюється час від часу шляхом призначення кожною Договірною Державою по одному члену, а ці члени домовляються про запрошення представника третьої країни як голови суду, який призначається урядами обох Договірних Держав. Члени призначаються протягом двох місяців, а голова суду – протягом трьох місяців після того, як одна Договірна Держава повідомила іншу, що вона бажає передати спірне питання на вирішення третейського суду.

(4) Якщо терміни, зазначені в пункті 3 цієї статті, не будуть дотримані, то за відсутністю іншої домовленості кожна Договірна Держава може звернутися до Голови Міжнародного суду з проханням зробити належні призначення. Якщо Голова є громадянином однієї із Договірних Держав або існує яка-небудь інша перешкода, призначення має зробити заступник Голови. Якщо заступник Голови також є громадянином однієї із Договірних Держав або також існує яка-небудь перешкода, то в такому випадку призначення робить наступний за рангом член Міжнародного суду, який не є громадянином однієї із Договірних Держав.

(5) Третейський суд ухвалює рішення більшістю голосів на підставі існуючих між Договірними Державами Договорів та загального міжнародного права. Його рішення вважаються обов'язковими. Кожна Договірна Держава несе витрати за призначеного нею члена суду та за своє представництво, які виникають у провадженні третейського суду. Витрати голови суду та інші витрати діляться порівну між Договірними Державами. Третейський суд може встановити інше регулювання витрат. Загалом же, третейський суд сам визначає свої процедурні питання.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 28

Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

a) für die Zeit vor seinem Inkrafttreten,

b) in den Fällen, in denen der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Sozialwesens vom 24. Mai 1960 unmittelbar oder aufgrund innerstaatlicher Rechtsvorschriften weiterhin anzuwenden ist,

c) eines Vertragsstaats für nach dessen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten bei Personen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten und nach den dortigen Rechtsvorschriften Leistungen für die nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats zurückgelegten Versicherungszeiten beziehen, solange sie sich im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in den Fällen, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Sachverhalte berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 24 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente an dem Tag, der sich aus den jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften ergibt, frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 29

Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist untrennbarer Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in .... ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 31

Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines

Частина IV

Перехідні та заключні положення

Стаття 28

Право на допомогу на підставі цієї Угоди

(1) Ця Угода не встановлює право на допомогу:

a) на період до набрання нею чинності,

b) у тих випадках, коли безпосередньо або на підставі внутрішньодержавного законодавства і надалі буде застосовуватися Угода між Німецькою Демократичною Республікою та Союзом Радянських Соціалістичних Республік про співробітництво у галузі соціальних питань, підписана 24 травня 1960 року;

c) однієї Договірної Держави стосовно страхового стажу, набутого згідно із законодавством цієї Договірної Держави тими особами, які в момент набрання чинності Угодою звичайно проживають в іншій Договірній Державі і отримують допомогу відповідно до законодавства цієї Договірної Держави за страховий стаж, набутий за законодавством першої Договірної Держави, поки вони звичайно проживають в іншій Договірній Державі. Це положення поширюється на випадки, в яких пенсія без переривання переходить в іншу пенсію.

(2) При застосуванні цієї Угоди будуть враховуватись також набутий страховий стаж та інші суттєві правові обставини, які існували відповідно до законодавства Договірних Держав до набрання чинності цією Угодою.

(3) Попередні рішення не є перешкодою для застосування цієї Угоди.

(4) Якщо заява на призначення пенсії, право на яку виникає лише на підставі цієї Угоди, подається протягом двадцяти чотирьох місяців після набрання нею чинності, то пенсія починається в день, який визначається відповідним національним законодавством, і не раніше моменту набрання чинності цією Угодою.

(5) Пенсії, призначені до набрання чинності цією Угодою, можуть, за зверненням, бути переглянутими, якщо зміни випливають лише на підставі положень цієї Угоди.

(6) Якщо при перегляді пенсії, згідно з пунктом 5 цієї статті, пенсія не призначається або призначається пенсія меншого розміру ніж та, яка виплачувалась у період до набрання чинності цією Угодою, то пенсія повинна сплачуватися у попередньому розмірі.

Стаття 29

Заключний протокол

Заключний протокол, що додається, є невід'ємною складовою частиною цієї Угоди.

Стаття 30

Ратифікація та набрання чинності

(1) Ця Угода підлягає ратифікації. Обмін ратифікаційними грамотами відбудеться у місті .... якомога швидше.

(2) Ця Угода набирає чинності в перший день третього місяця, що слідує за місяцем, у якому відбувся обмін ратифікаційними грамотами.

Стаття 31

Термін дії

(1) Ця Угода укладається на невизначений термін. Кожна Договірна Держава може денонсувати цю Угоду, письмово

Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Kiew am 7. November 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

повідомивши про це дипломатичними каналами до 30 вересня поточного календарного року. Денонсація набирає чинності 1 січня календарного року, що слідує за роком, в якому зроблено повідомлення про денонсацію.

(2) У разі втрати чинності цієї Угоди внаслідок денонсації її положення щодо набутих до цього моменту прав на допомогу залишаються чинними. Щодо цих прав до уваги не береться обмежуюче законодавство щодо виключення права або зупинення чи позбавлення виплат у випадку проживання за кордоном.

Вчинено в у Києві 7 листопада 2018 року в двох примірниках українською і німецькою мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративну Республіку Німеччина

Reichel

Für die Ukraine
За Україну

Andrii Reva

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Ukraine
über Soziale Sicherheit

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet, erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, das Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 7 des Abkommens:

   Die Versicherungszeiten, die bis zum 31. Dezember 1991 im Hoheitsgebiet der ehemaligen Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik zurückgelegt wurden, gelten als in der Ukraine zurückgelegte Versicherungszeiten.

   In Bezug auf die Ukraine gelten nicht als Versicherungszeiten Zeiten, die außerhalb des Hoheitsgebiets der ehemaligen Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik sowie außerhalb des Hoheitsgebiets der Ukraine zurückgelegt wurden.

2. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 9 des Abkommens:

   Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

3. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Teil II Kapitel 2) nicht.

   b) Die von einem Vertragsstaat mit einem Drittstaat oder mehreren Drittstaaten abgeschlossenen Abkommen oder überstaatlichen Regelungen, nach denen die in einem Drittstaat zurückgelegten Versicherungszeiten von diesem Vertragsstaat bei der Feststellung der Leistung berücksichtigt werden, wenn die betreffende Person dort ihren Wohnsitz hat, sind nicht als Versicherungslastregelungen anzusehen.

4. Zu Artikel 3 des Abkommens:

   In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht sich dieses Abkommen auch auf Staatsangehörige eines Staates, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, als unmittelbar erfasste Personen.

5. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder in überstaatlichen Regelungen eines der Vertragsstaaten bleiben unberührt.

Заключний протокол
до Угоди
між Федеративною Республікою Німеччина
і Україною
про соціальне забезпечення

Під час підписання укладеної сьогодні Угоди між Федеративною Республікою Німеччина і Україною про соціальне забезпечення (далі – "Угода"), уповноважені обох Договірних Держав заявляють, що вони домовились про таке:

1. При застосуванні положень підпункту 7 пункту 1 Статті 1 Угоди:

   Страховий стаж, набутий до 31.12.1991 року на території колишньої Української Радянської Соціалістичної Республіки, вважається страховим стажем, набутим в Україні.

   Стосовно України страховим стажем не вважається страховий стаж, набутий за межами території колишньої Української Радянської Соціалістичної Республіки та за межами території України.

2. При застосуванні положень підпункту 9 пункту 1 Статті 1 Угоди:

   Звичайне проживання випливає з дійсного, законного та орієнтованого на тривалий час перебування, а також з основного місця життєвої діяльності.

3. При застосуванні положень Статті 2 Угоди:

   a) На дійсне у Федеративній Республіці Німеччина додаткове страхування працівників металургійно-гірничих підприємств особливі положення щодо пенсійного страхування (Частина II, Розділ 2) не поширюються.

   b) Договори, укладені однією із Договірних Держав з третьою державою, або кількома третіми державами, або наддержавні регулювання, відповідно до яких набутий у третій державі страховий стаж враховується цією Договірною Державою при визначенні виплат, якщо відповідна особа там проживає, не вважаються регулюваннями розподілу страхових зобов'язань.

4. При застосуванні положень Статті 3 Угоди:

   Стосовно Федеративної Республіки Німеччина ця Угода поширюється і на громадян Держави, в якій застосовується декрет № 1408/71 (Європейського економічного співтовариства) або декрет № 883/2004 (Європейського співтовариства), як на безпосередньо охоплених осіб.

5. При застосуванні положень Статті 4 Угоди:

   a) Регулювання страхових зобов'язань у міждержавних угодах або у наддержавних регулюваннях однієї із Договірних Держав залишаються недоторканими.

b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

b) Законодавство однієї із Договірних Держав, яке гарантує участь застрахованих осіб та роботодавців в органах самоврядування виконавчих інституцій та об'єднань, а також у здійсненні правосуддя соціального забезпечення, залишаються недоторканими.

c) Sich gewöhnlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates haben, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach Maßgabe dieser Verordnungen berechtigt.

c) Особи, які звичайно проживають за межами Федеративної Республіки Німеччина і мають громадянство Держави, в якій застосовується декрет № 1408/71 (Європейського економічного співтовариства) або декрет № 883/2004 (Європейського співтовариства), мають право на добровільне страхування у німецькому пенсійному страхуванні тільки відповідно до цих декретів.

d) Ukrainische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummer 1 Buchstaben b und c des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Ukraine aufhalten.

d) Українські громадяни, які звичайно проживають за межами території Федеративної Республіки Німеччина, мають право на добровільне страхування у німецькому пенсійному страхуванні за умови, що строк внесення до нього страхових внесків становить не менше 60 місяців; сприятливіше внутрішньодержавне законодавство залишається недоторканим. Це поширюється також на визначених під літерами „b“ і „c“ підпункту 1 Статті 3 цієї Угоди біженців та осіб без громадянства, які звичайно проживають на території України.

6. Zu Artikel 5 des Abkommens:

6. При застосуванні положень Статті 5 Угоди:

a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Ukraine gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

a) На осіб, які звичайно проживають на території України, Стаття 5 Угоди стосовно пенсії внаслідок зниження працездатності застосовується за німецьким законодавством тільки у разі, якщо право існує незалежно від відповідної ситуації на ринку праці.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

b) Німецьке законодавство, яке регулює допомогу внаслідок нещасних випадків на виробництві (професійних захворювань), які наступили не на території Федеративної Республіки Німеччина, а також допомогу на підставі страхового стажу, набутого не на території Федеративної Республіки Німеччина, залишається недоторканим.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.

c) Німецьке законодавство, яке регулює реабілітаційні виплати з боку виконавчих інституцій пенсійного страхування та забезпечення за віком для фермерів, залишається недоторканим.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

d) Німецьке законодавство, яке передбачає зупинення права на пенсійне страхування для осіб, які ухиляються від порушеного проти них кримінального провадження шляхом перебуванням за кордоном, залишається недоторканим.

7. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

7. При застосуванні положень Статей 6 – 11 Угоди:

a) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, finden hinsichtlich dieser Beschäftigung in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung.

a) Якщо особа відповідно до Статей 6 – 11 Угоди підпадає під дію законодавства однієї Договірної Держави, то до неї, як і до її роботодавця, стосовно зазначеної у цих статтях трудової діяльності, застосовуються виключно приписи цієї Договірної Держави щодо обов'язкового страхування за законодавством про стимулювання зайнятості.

b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Vertragsstaats, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

b) Роботодавці відряджених працівників зобов'язані співпрацювати в галузі охорони праці та запобігання нещасним випадкам на виробництві з компетентними виконавчими інституціями та організаціями Договірної Держави, в якій працює найманий працівник. Подальші внутрішньодержавні правові норми залишаються недоторканими.

8. Zu Artikel 7 des Abkommens:

8. При застосуванні положень Статті 7 Угоди:

a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn

a) Відрядженням в іншу Договірну Державу не вважаються зокрема такі випадки:

- die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht;
- der Arbeitgeber des entsandten Arbeitnehmers im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt;
- die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat;
- die Arbeitnehmerüberlassung einen Verstoß gegen das Recht eines Vertragsstaats darstellt oder
- der Arbeitnehmer seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums weniger als zwei Monate im Entsendestaat beschäftigt war.

b) Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, mit diesem Tag.

9. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt. Besteht Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, wird die höhere Leistung unter Anrechnung der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gezahlt.

10. Zu Artikel 10 des Abkommens:

Die in Artikel 10 Absatz 3 des Abkommens festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

11. Zu Artikel 11 des Abkommens:

Artikel 11 des Abkommens gilt insbesondere für einen Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Sitz in einem Vertragsstaat, der vorübergehend von einer Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens im anderen Vertragsstaat beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten der Beteiligungsgesellschaft im Beschäftigungsstaat Arbeitsentgelt bezieht.

12. Zu Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 2 und des Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

13. Zu Artikel 13 Absatz 1 des Abkommens:

In den Fällen nach Artikel 13 Absatz 1 Satz 1 des Abkommens werden Sachleistungen und Geldleistungen mit Ausnahme der Renten nur nach den Rechtsvorschriften und durch den Träger des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält.

14. Zu Artikel 22 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens:

In den Fällen, in denen der deutsche Träger nach dem Fremdrentengesetz auch aus den nach dem Recht des anderen Vertragsstaats anrechenbaren Versicherungszeiten eine Leistung erbringt, gilt die Bestimmung nicht.

- діяльність відрядженого працівника не відповідає сфері діяльності роботодавця у державі, яка відряджає працівника;
- роботодавець відрядженого працівника звичайно не займається значною комерційною діяльністю у державі, яка відряджає працівника;
- особа, яка була влаштована на роботу з метою відрядження, на цей час звичайно проживає в іншій державі, а не в тій, яка відряджає працівника;
- відрядження (temporary work) працівника порушує законодавство однієї з Договірних Держав або
- працівник після закінчення останнього періоду відрядження здійснював свою трудову діяльність у державі, яка відряджає, менше двох місяців.

b) Визначений період для осіб, які у день набрання чинності Угодою були вже відряджені, починається з цього дня.

9. При застосуванні положень статті 9 Угоди:

Законодавство обох Договірних Держав, яке стосується страхового захисту при наданні допомоги та інших дій за кордоном, що не залежать від трудової діяльності, залишаються недоторканими. Якщо право на допомогу виникає на підставі законодавства обох Договірних Держав, то виплачується більша допомога із зарахуванням допомоги відповідно до законодавства іншої Договірної Держави.

10. При застосуванні положень Статті 10 Угоди:

Визначений у пункті 3 Статті 10 Угоди строк для осіб, які на день набрання чинності Угодою були зайняті, починається з цього дня.

11. При застосуванні положень Статті 11 Угоди:

Стаття 11 Угоди застосовується зокрема стосовно працівника підприємства із розташуванням в одній Договірній Державі, який тимчасово направлений на роботу холдинґовою компанією цього підприємства в іншій Договірній Державі і отримує за цей період заробітну плату за рахунок холдинґової компанії у державі працевлаштування.

12. При застосуванні положень пункту 2 Статті 10 та Статті 11 Угоди:

Якщо особа при застосуванні пункту 2 Статті 10 та Статті 11 Угоди підпадає під дію німецького законодавства, то вона вважається зайнятою чи працюючою в тому місці, в якому вона востаннє була зайнятою чи працювала, при цьому залишається чинним й інше регулювання, яке виникло через попереднє застосування Статті 7 Угоди. Якщо вона раніше була зайнятою чи працювала не на території Федеративної Республіки Німеччина,

то вона вважається зайнятою чи працюючою в тому місці, в якому має своє місцезнаходження німецький компетентний орган.

13. При застосуванні положень пункту 1 Статті 13 Угоди:

У випадках, які регулюються реченням 1 пунктом 1 Статті 13 Угоди, речова допомога та грошові виплати, за винятком пенсії, надаватимуться тільки на підставі законодавства і тільки виконавчою інституцією Договірної Держави, на території якої звичайно проживає особа, яка має право на допомогу.

14. При застосуванні положень речення 2 пункту 3 Статті 22 Угоди:

Положення не має чинності у випадках, в яких німецька виконавча інституція відповідно до Закону про пенсії з іноземного стажу надає допомогу і за страховий стаж, який зараховується відповідно до законодавства іншої Договірної Держави.

15. Zu Artikel 25 des Abkommens:

    a) Zahlungen von einem ukrainischen Träger an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhält, oder an einen deutschen Träger werden mit befreiender Wirkung in Euro erbracht.

    b) Der ukrainische zuständige Träger trägt die Bankgebühren, die mit der Überweisung von Renten oder anderen Geldleistungen nach diesem Abkommen zusammenhängen.

16. Zu Artikel 28 Absatz 1 des Abkommens:

    Das Abkommen begründet auch keinen Anspruch auf Leistungen in der deutschen Unfallversicherung für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Januar 1997 eingetreten sind.

17. Zu Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens:

    Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens gilt nicht für Fälle, in denen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften die für den Leistungsanspruch erforderliche Mindestversicherungszeit erfüllt ist.

18. Zu Artikel 28 Absatz 5 des Abkommens:

    In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland können Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt sind, auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

19. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

15. При застосуванні статті 25 Угоди:

    a) українська виконавча інституція здійснює платежі особі, яка перебуває на території Федеративної Республіки Німеччина, або виконавчій інституції Федеративної Республіки Німеччина в євро, без претензій зі сторони отримувача допомоги або виконавчої інституції;

    b) українська компетентна виконавча інституція несе банківські витрати, пов'язані з переказом пенсії або грошової допомоги, призначеної відповідно до цієї Угоди.

16. При застосуванні положень пункту 1 Статті 28 Угоди:

    Ця Угода також не зумовлює набуття права на допомогу відповідно до німецького страхування від нещасних випадків стосовно страхових випадків, які виникли до 1 січня 1997 року.

17. При застосуванні положень літери „c“ пункту 1 Статті 28 Угоди:

    Положення літери „c“ пункту 1 Статті 28 Угоди не застосовується у випадках, в яких відповідно до внутрішньодержавного законодавства набуто мінімальний страховий стаж, необхідний для виникнення права на допомогу.

18. При застосуванні положень пункту 5 Статті 28 Угоди:

    Стосовно Федеративної Республіки Німеччина пенсії, які були призначені до набрання чинності Угодою, можуть бути переглянуті виконавчою інституцією за її власною ініціативою. В таких випадках день, в який виконавча інституція порушує провадження, вважається датою подання заяви відповідно до законодавства іншої Договірної Держави.

19. Німецьке законодавство, що регулює допомогу по відшкодуванню нещасних випадків на виробництві (професійних захворювань) на підставі пенсійного права щодо іноземців, а також допомогу відповідно до страхового стажу, зараховуваним на підставі пенсійного права щодо іноземців, залишається недоторканим.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 7. November 2018
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Ukraine
über Soziale Sicherheit

Домовленість
щодо реалізації Угоди
між Федеративною Республікою Німеччина
та Україною
про соціальне забезпечення
від 7 листопада 2018 року

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerkabinett der Ukraine –

auf der Grundlage des Artikels 24 Absatz 1 des Abkommens vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

haben Folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und den nach Artikel 11 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 24 Absätze 2 und 5 sowie in Artikel 17 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Уряд Федеративної Республіки Німеччина

та

Кабінет Міністрів України,

на підставі пункту 1 Статті 24 Угоди між Федеративною Республікою Німеччина та Україною про соціальне забезпечення від 7 листопада 2018 року, далі – „Угода“,

домовилися про таке:

Частина I

Загальні положення

Стаття 1

Визначення термінів

У положеннях цієї Домовленості терміни, які містить Угода, вживаються у визначеному в ній значенні.

Стаття 2

Обов'язки інформування

Установам зв'язку, визначеним у пункті 2 Статті 24 Угоди та установам, зазначеним компетентними органами згідно із Статтею 11 Угоди, доручається проводити, в межах своєї компетенції, загальне інформування зацікавлених осіб про права та обов'язки, які випливають з Угоди.

Стаття 3

Обов'язки повідомлення

(1) Установи, згадані в пунктах 2 та 5 Статті 24 Угоди, як і установи, згадані в Статті 17 Угоди, в межах своєї компетенції повідомляють одна одну та осіб, яких це стосується, щодо фактів і надають у розпорядження докази, необхідні для забезпечення прав та обов'язків, які випливають із законодавства, зазначеного в пункті 1 Статті 2 Угоди, а також випливають з Угоди та цієї Домовленості.

(2) Якщо особа на підставі законодавства, зазначеного в пункті 1 Статті 2 Угоди, та на підставі Угоди чи цієї Домовленості зобов'язана повідомляти виконавчій інституції чи іншій установі про певні факти, то це зобов'язання поширюється також і на відповідні факти, які мають місце на території іншої Договірної Держави, чи існують відповідно до її законодавства. Це також поширюється і на той випадок, коли особа повинна надати певні доказові матеріали.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens erteilt die zuständige Stelle des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für den Arbeitnehmer und den Arbeitgeber oder für die in Artikel 9 des Abkommens bezeichnete Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, stellt in den Fällen des Artikels 7 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 11 des Abkommens stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die ukrainischen Rechtsvorschriften anzuwenden, stellt die zuständige Behörde oder der von ihr bezeichnete Träger, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5

Zahlverfahren

Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen ausgezahlt werden.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Artikel 6

Arbeitsunfallanzeige

Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Person versichert ist. Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet.

Artikel 7

Statistiken

Die nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Rentenarten und Abfindungen gegliedert sind. Das Nähere vereinbaren die Verbindungsstellen. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Artikel 8

Deutsches Fremdrentenrecht

Macht ein Berechtigter, auf den das deutsche Fremdrentenrecht anzuwenden ist, den Anspruch auf eine Rente nach den ukrainischen Rechtsvorschriften nicht geltend, teilt der ukrainische Träger dem deutschen Träger auf Anforderung die Höhe der Rente mit, die dem Berechtigten bei Geltendmachung des Anspruchs zugestanden hätte. Dies gilt auch in Fällen, in denen der nach dem deutschen Fremdrentenrecht Berechtigte bei der Feststellung der ukrainischen Rente nicht mitwirkt, soweit anhand der vorhandenen Unterlagen und Angaben eine Feststellung einer

Стаття 4

Довідка про законодавство, що застосовується

(1) У випадках, що регулюються Статтями 7 та 11 Угоди, компетентна установа Договірної Держави, законодавство якої має бути застосованим, надає, щодо певної трудової діяльності, на підставі клопотання довідку про те, що це законодавство поширюється на найманого працівника і роботодавця або зазначену в Статті 9 Угоди особу. На цій довідці має бути зазначений певний термін її чинності.

(2) При застосуванні німецького законодавства ця довідка у випадках, які регулюються Статтею 7 цієї Угоди, видається виконавчою інституцією медичного страхування, в яку сплачуються внески до пенсійного страхування, в іншому разі – Німецькою установою пенсійного страхування для Федерації, м. Берлін. У випадках, які регулюються Статтею 11 Угоди, довідка видається Федеральним головним об'єднанням лікарняних кас (GKV – Головне об'єднання), Німецьким координаційним бюро з питань зарубіжного медичного страхування, м. Бонн.

(3) При застосуванні українського законодавства ця довідка видається компетентним органом або визначеною ним виконавчою інституцією.

Стаття 5

Процедура виплати

Пенсії або інша грошова допомога можуть виплачуватися отримувачам, які знаходяться на території іншої Договірної держави, безпосередньо або із залученням органів зв'язку.

Частина II

Особливі положення

Стаття 6

Повідомлення про нещасний випадок на виробництві

На повідомлення про нещасний випадок на виробництві (професійне захворювання) поширюється законодавство Договірної держави, на підставі якого особа застрахована. Повідомлення надсилається компетентній виконавчій інституції.

Стаття 7

Статистичний облік

Визначені відповідно до пункту 2 Статті 24 Угоди установи зв'язку щорічно готують статистичні дані станом на 31 грудня стосовно виплат, здійснених на територію іншої Договірної держави. Інформація повинна, при можливості, охоплювати кількість та загальну суму виплат, структурованих за видами пенсій та інших грошових компенсацій. Установи зв'язку домовляються між собою про інші деталі. Відбувається обмін статистичними даними.

Стаття 8

Німецьке законодавство стосовно пенсій за іноземний стаж

Якщо правомочна особа, до якої застосовується німецьке законодавство про іноземний стаж, не заявляє про своє право на пенсію відповідно до українського законодавства, то українська виконавча інституція повідомляє на запит німецької виконавчої інституції розмір пенсії, яку могла б отримувати правомочна особа у разі заяви про своє право. Це стосується також випадків, коли особа, правомочна відповідно до законодавства про іноземний стаж, не співпрацює при призначенні української пенсії, якщо

Rente nach den ukrainischen Vorschriften möglich ist sowie bei Rücknahme des Antrags.

Abschnitt III

Schlussbestimmung

Artikel 9

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Kiew am 7. November 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

призначення пенсії відповідно до українського законодавства є можливим на підставі наявних документів і даних, а також, коли заява відкликається.

Частина III

Заключні положення

Стаття 9

Набрання чинності та термін дії Домовленості

(1) Ця Домовленість набирає чинності з дня повідомлення про виконання обома Договірними державами внутрішньодержавних процедур, необхідних для набрання нею чинності. Визначальною є дата надходження останнього повідомлення.

(2) Ця Домовленість підлягає застосуванню з першого дня набрання чинності Угодою і діє протягом терміну дії Угоди.

Вчинено в Києві 7 листопада 2018 року в двох примірниках, кожен німецькою й українською мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Уряд Федеративної Республіки Німеччина

Reichel

Für das Ministerkabinett der Ukraine
За Кабінет Міністрів України

Andrii Reva

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen vom 7. November 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über Soziale Sicherheit regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie deren Hinterbliebenen und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor (Leistungsexportprinzip). Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden. Jeder Staat zahlt aber nur die Rente für die nach seinem Recht zurückgelegten Versicherungszeiten.

Das Abkommen enthält darüber hinaus Regelungen über die Vermeidung der Doppelversicherung in beiden Staaten im Falle von vorübergehenden Beschäftigungen im anderen Staat. Bei Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch deutsche Unternehmen in die Ukraine sind weiterhin die deutschen Rechtsvorschriften in Bezug auf die Renten- und Unfallversicherung sowie die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung auf die betroffenen Personen anzuwenden. Das Gleiche gilt sinngemäß umgekehrt für Entsendungen aus der Ukraine. Der Entsendezeitraum kann bis zu 24 Kalendermonaten gehen.

Des Weiteren kann nach dem Abkommen mit einer so genannten Ausnahmevereinbarung erreicht werden, dass z. B. ein Arbeitnehmer, der für einen vorübergehenden Zeitraum von seiner deutschen Muttergesellschaft zu einer Tochter in die Ukraine gesandt wird, weiterhin den deutschen Rechtsvorschriften in der Renten- und Unfallversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterstellt bleibt, obwohl während dieser Zeit der Schwerpunkt der rechtlichen und tatsächlichen Merkmale seines Beschäftigungsverhältnisses in der Ukraine liegt.

Damit enthält das Abkommen Lösungen, um zu vermeiden, dass lediglich vorübergehend im anderen Staat eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in das Renten- und Unfallversicherungssystem sowie in das System der Arbeitsförderung des anderen Staates wechseln müssen. Diese Personen werden künftig grundsätzlich in dem ihnen vertrauten System bleiben können. Dies liegt vor dem Hintergrund der umfangreichen und intensiven außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Ukraine im Interesse hiesiger Unternehmen und ihrer in der Ukraine eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Durch das Abkommen können die Betroffenen aus den von ihnen in der Ukraine zurückgelegten Rentenversicherungszeiten künftig Rentenansprüche nach ukrainischem Recht erwerben, die auch nach Deutschland gezahlt werden.

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

II. Besonderer Teil

Teil I (Artikel 1 bis 11) beinhaltet allgemeine Bestimmungen, die den Geltungsbereich des Abkommens und Grundsätze für dessen Anwendung definieren sowie Regelungen zu den anzuwendenden Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Artikel 1 bestimmt die Begriffe, die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendet werden. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Die Nummer 1 des Schlussprotokolls enthält eine Präzisierung des in Artikel 1 definierten Ausdrucks „Versicherungszeiten“.

Die Nummer 2 des Schlussprotokolls enthält eine Präzisierung des in Artikel 1 definierten Ausdrucks „gewöhnlicher Aufenthalt“.

Artikel 2 und die Nummer 3 des Schlussprotokolls legen den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, in dem sie die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennen, auf die sich das Abkommen bezieht.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt. Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei gewöhnlichem Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 5 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe d knüpft für ukrainische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Ukraine das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung unter anderem an die Voraussetzung einer Mindestversicherungszeit (Wartezeit) von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält. Nummer 6 des Schlussprotokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Buchstabe a, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in der Ukraine gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften bei einer Kollision der deut-

schen und ukrainischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch die Nummer 7 des Schlussprotokolls ergänzt. Nach Buchstabe a finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterstellt sind, auch deren Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung Anwendung.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften der Vertragspartei über die Versicherungspflicht Anwendung, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip).

Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 7 bis 10 und 12 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen. In Nummer 8 Buchstabe a sind Tatbestände aufgeführt, die einer Entsendung in den anderen Vertragsstaat entgegenstehen.

Artikel 11, der durch die Nummer 11 des Schlussprotokolls ergänzt wird, beruht auf der Erwägung, dass mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und lässt abweichende Vereinbarungen zu.

Teil II (Artikel 12 bis 16) beinhalten besondere Regelungen für die Unfall- und Rentenversicherung.

Die Artikel 12 bis 13 enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung.

Artikel 12 beinhaltet grundsätzliche Regelungen zur gegenseitigen Anerkennung bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Festlegung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit.

Artikel 13 bestimmt, dass bei der Feststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit auch gesundheitsgefährdende Beschäftigungen des anderen Vertragsstaats zu berücksichtigen sind. Nummer 13 des Schlussprotokolls bestimmt, dass Sachleistungen und Geldleistungen mit Ausnahmen der Renten nur nach den Rechtsvorschriften und durch den Träger des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält.

Die Artikel 14 bis 16 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 14 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und ukrainischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 15 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften.

Artikel 16 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der ukrainischen Rechtsvorschriften.

Teil III (Artikel 17 bis 27)

Die Artikel 17 bis 23 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 24 bis 27 enthalten Durchführungs- und Auslegungsvorschriften.

Teil IV (Artikel 28 bis 31)

Die Artikel 28 bis 31 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 1 der Durchführungsvereinbarung haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt vor allem für in das Gebiet des anderen Vertragsstaats entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des so genannten Entsendestaates.

Auf Grund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Staat entweder durch eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt werden.

Artikel 6 regelt die Anzeigepflicht im Falle eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit.

In Artikel 7 ist festgelegt, dass jährliche Statistiken über die in den jeweils anderen Staat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 8 regelt das Zusammenwirken des deutschen und ukrainischen Trägers für den Fall, dass ein Rentenberechtigter, auf den das deutsche Fremdrentenrecht anzuwenden ist, seine Rente nach den ukrainischen Rechtsvorschriften nicht geltend macht oder bei ihrer Feststellung nicht mitwirkt.

Artikel 9 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333